

Unter den Talaren, noch immer der Muff von 1000 Jahren - Umgang und Handlungsoptionen für ver.di mit rechten und rechtspopulistischen Eliten an Universitäten

von Klaus J. Becker

Im Juni 2016 ist erstmals ein Vertreter der rechtspopulistischen AfD in ein Studentenparlament gewählt worden. Die Junge Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD, erhielt einen Sitz an der Universität Kassel. Für Beobachter der neurechten Elite eigentlich keine Überraschung. Waren doch schon die Gründungsväter der AfD wie Prof. Dr. Bernhard Lucke und Prof. Dr. Hans Olaf Henkel Gallionsfiguren aus der akademischen und wirtschaftlichen Elite unseres Landes. Auch mit Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen setzt die AfD auf dieses Pferd – getragen von einer globalen Welle des Rechtspopulismus mit Donald Trump, dem Absolventen eine der führenden Business Schools der Welt, als Exponenten. Neu ist allerdings, dass nicht nur Trump in den USA die Mehrheit der „working class“ für sich gewonnen hat, sondern dass analog zum Front National in Frankreich nun auch die AfD in Deutschland z.B. bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg zur stärksten „Arbeiterpartei“ aufgestiegen ist und im traditionellen „roten“ Mannheimer Norden das Direktmandat gewonnen. Grund genug für gewerkschaftlich organisierte Menschen sich noch intensiver mit diesem neuen Phänomen sich zu befassen, seine Historie zu erforschen und Gegenstrategien zu entwickeln. Dabei ist zunächst festzustellen, dass Universitäten schon immer Freiräume für rechtes, chauvinistisches Denken geboten haben. Bereits im Mittelalter mussten sich die aus den privilegierten Schichten gebildeten Universitätsangehörigen nur vor einem Kirchengericht verantworten - eine Tatsache, die vielerlei Missbrauch gegenüber den Unterprivilegierten hervorrief. Auch die im Rahmen der im sogenannten Befreiungskrieg 1813/14 gegen Napoleon entstandenen Urburschenschaften fochten nicht für den romantisierten demokratischen Fortschritt, sondern bekämpften unter dem Motto „Ehre, Freiheit, Vaterland“ in Wirklichkeit die viel weitergehende Forderung der Französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. So bedurfte es tatsächlich erst den durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erzwungenen ökonomischen Verbesserungen, um nach 1918 den neuen sozialen Gruppen erstmals auch einen Zugang zu universitärer Bildung zu ermöglichen. Die Versuche einer Demokratisierung scheiterten jedoch schon kläglich 1932 (!) als der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund die Führung der Deutschen Studentenschaft (DSt), der Zusammenschluss der Allgemeinen Studentenausschüsse, übernahm. Entsprechend war trotz leuchtender Vorbilder wie Hans und Sophia Scholl der Widerstand an den Universitäten weitaus geringer als innerhalb der Arbeiterbewegung. Trotzdem wurde auch nach 1945 eine tatsächliche Demokratisierung der Universitätslandschaft versäumt – 1950 an den westdeutschen Universitäten die Studentenverbindungen wieder zu gelassen. So bedurfte es erst des Fanals vom 9. November 1967, als in Hamburg von den damaligen Studenten und früheren AStA-Vorsitzenden Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer bei der Rektoratsübergabe in der Öffentlichkeit pressewirksam das Transparent „Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren“ enthüllt wurde und sinnbildlich damit die Forderung nach der Demokratisierung und die Mitbestimmung der Studentenschaft zu einer der Kernforderungen der sogenannten „68er“ erhoben wurde. Schnell erreichte Fortschritte wurde aber bereits 1977 durch die Abschaffung der Verfassten Studentenschaft („linken terroristischen Sumpf auszutrocknen“) und durch die Einführung die Umwandlung des Bafögs in ein Darlehn durch die Regierung Kohl eingeschränkt. So überrascht es nicht, dass die damalige konservative „Wende“ zum heutigen Rechtspopulismus geführt hat, bei der Pegida-Aktivisten Gastredner in Burschenschaftsgebäuden sind oder der Asta der Universität Greifswald AfD und NPD zu einer Podiumsdiskussion einlädt. Hierzu müssen die Gewerkschaften Antworten finden – durch permanente Präsenz von Vertrauensleuten und Personalräten, vor allem aber auch durch ein soziales und inhaltliches Gegenangebot. Hier ist insbesondere die Hans-Böckler-Stiftung aufgerufen, ihren Fokus

wieder deutlich mehr bei der Auswahl ihrer Stipendiatinnen und Stipendiaten auf gewerkschaftliches Engagement vor und während des Studiums zu legen. Auch muss der Schwerpunkt der von der Hand-Böckler-Stiftung geförderten Promotionsthemen wieder klar ein inhaltliches Gewerkschaftsprofil zeigen, hierzu sollte auch verstärkt die Erforschung der historischen Wurzeln des heutigen Rechtspopulismus zählen, um daraus tatsächliche Handlungsoptionen entwickeln zu können.